

# Mehr Wissen. Mehr Können. Mehr Zukunft.

# Der FREIE WÄHLER

Postvertriebsstück Nr.: 08837

## SO SIEHT VERANTWORTUNG AUS!

**Politischer Aschermittwoch 2019 in Deggendorf: 1000 Menschen, 1000 Emotionen! Warum dieser Tag für Hubert Aiwanger etwas ganz Besonderes ist und durch die FREIEN WÄHLER in Bayern in den vergangenen Monaten mehr umgesetzt wurde als je zuvor.**

**Deggendorf.** Es ist ein ganz besonderer Tag für Hubert Aiwanger. Er ist glücklich, stolz auf die FREIEN WÄHLER, die es so weit gebracht haben. Es ist ein Tag, der in die Geschichte der FREIEN WÄHLER Bayern eingehen dürfte. Es ist der 10. Politische Aschermittwoch in der Deggendorfer Stadthalle und Hubert Aiwanger ist nicht nur mehr Landesvorsitzender. Er ist nun auch Bayerischer Wirtschaftsminister und stellvertretender bayerischer Ministerpräsident. „Ja, es ist etwas ganz Besonderes“, sagt Aiwanger. Er steht vor der großen Halle an der Donau in Deggendorf. Die Sonne lacht nicht nur auf den FREIE WÄHLER-Plakaten an diesem Frühlingstag. Hunderte Menschen wollen Aiwangers Hand schütteln. Fotos, Kameras, Presse. In der Halle leuchtet es orange. Mehr als 1000 Begeisterte warten darauf, dass er spricht.

Der Erfolg der FREIEN WÄHLER in den vergangenen Jahren ist beachtlich. Millionen Bayern haben ihre Stimmen der kommunalen Kraft der Mitte gegeben und damit viel Vertrauen in die FREIEN WÄHLER gesetzt. Dass die FREIEN WÄHLER jetzt der treibende Teil der Staatsregierung sind, ist konsequent und die Erfolge können sich mehr als sehen lassen! Das betont Aiwanger: „Wir liefern!“ So sieht Verantwortung aus. „Unsere Politik muss immer bei den Kommunen beginnen“, lautet das Credo. „Anpacken für Bayern, anpacken für Deutschland!“

**„Die europäischen Bürger erwarten, dass Europa sie schützt.“**

Bevor Aiwanger spricht, spricht Ulrike Müller. Die Abgeordnete im Europäischen Parlament ist Spitzenkandidatin im Europawahlkampf. Es ist eine flammende Rede für die EU und ein stabiles Europa. Die braunen Augen von Ulrike Müller werden groß, wenn sie erzählt. Ihre Hände malen die Bedeutung des Themas in die Luft. Groß, weitreichend. Es geht um unsere Zukunft. „Ein Europa gegen Populismus und

Spalterei, für mehr Solidarität“, betont Müller und sahnst kräftigen Applaus dafür ab. Dennoch müsse Europa ein Europa der Regionen bleiben, das auch eine adäquate Lösung der Migrationsthematik findet, ebenso wie beim Thema Sicherheit: „Die europäischen Bürger erwarten, dass Europa sie schützt.“ Klare Worte!

Anna Stolz, neue Staatssekretärin im Bayerischen Kultusministerium, begeistert die Menge mit ihrer Art der Politik: jung, frisch, spritzig. Ministeriumsarbeit geht eben auch so, dass die Menschen sie verstehen und es Spaß macht. „Der Koalitionsvertrag ist ein wuchtiger Aufschlag für die Bildung in Bayern“, bringt es Stolz auf den Punkt. Durch die Regierungsbeziehung der FREIEN WÄHLER würden so viele neue Lehrerstellen geschaffen wie nie zuvor. „Unser Weg in Bayern ist goldrichtig“, so Stolz. Und eines müsse klar sein: „Nicht nur die Kirche, auch die Schule muss im Dorf bleiben!“ 1000 Menschen applaudieren und nicken.

**„Wir sind gewählt, um Verantwortung zu übernehmen, nicht, um ein Publikum zu belustigen.“**

Dann spricht Aiwanger! Es ist eine Rede, die den Status einer Regierungspartei, als auch einer Partei, die den Finger in die Wunden Bayerns legt, repräsentiert. „Wir sind gewählt, um Verantwortung zu übernehmen, nicht, um ein Publikum zu belustigen!“, sagt er und bekommt tosenden Applaus. Für Aiwanger ist klar, dass die FREIEN WÄHLER den Motor in Bayern am Laufen halten; mit der Regierungsbeteiligung stärker denn je. „Söder hat zwischen uns und den Grünen die richtige Wahl getroffen.“ Aiwanger ist in seinem Element: präzise Sprache, klare Botschaften. In Bayern werde viel Geld für absolut sinnvolle Dinge ausgegeben. Durch die FREIEN WÄHLER sei in Bayern in den letzten Monaten in der Regierung mehr umgesetzt worden als grün, rot und gelb in den letzten Jahrzehnten in Bayern bewegt hätten: Von der Abschaffung der Studiengebühren und Straßenausbaubeiträge (Strabs), über einen 5000-Euro-Zuschuss für jede neue Hebammenpraxis bis hin zu den Kindergartenzuschüssen für Eltern. „Wir packen an tausend Fronten gleichzeitig an, weil wir die Leute und die Themen dazu haben!“



Anna Stolz, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Hubert Aiwanger, Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Ulrike Müller, MdB, Vizepräsidentin der Europäischen Demokratischen Partei und Heinrich Schmidt, FW-Bezirksvorsitzender Niederbayern (v.l.)

Mit Blick auf die Grünen sagt Aiwanger das, was die meisten in Bayern denken: „Wer am Wochenende um die Welt fliegt, der soll nicht am Montag heimkommen, um den Leuten das Autofahren zu verbieten!“ Und auch die FDP mahnt der FW-Chef: „Wenn ihr in Berlin nicht davongelaufen wärt, dann hättet ihr heute dort das bewegen können, was ihr in Bayern kritisiert!“

### Der Rückenwind der Kommunen ist zu spüren

Der Rückenwind der Kommunen ist an diesem Tag in der orange-leuchtenden Halle zu spüren! Denn Aiwanger kennt DIE Themen, die den Kommunen auf den Nägeln brennen und sonst keine andere Partei aufgreift. „Ich stehe zu unseren Wirtschaftshäusern, sie sind Kultur und Seele einer Gemeinde. Ich stehe zu unseren Bauern, sie sind die Wurzeln unseres Landes und versorgen uns mit besten Lebensmitteln“, sagt Aiwanger, rückt seinen Trachtenjanker zurecht und blickt in eine Masse nickender, applaudierender Menschen, die sich von ihren Stühlen erheben. Gänsehautstimmung!

Kritik am Koalitionspartner lässt sich Aiwanger nicht nehmen, auch wenn er betont, dass die Zusammenarbeit „sehr gut“ läuft! In Bezug auf das Chaos bei den Stickoxidwerten in den Städten sagt Aiwanger: „Wer so Politik macht, braucht dringend einen Koalitionspartner.“ Und: Hätte die CSU die letzten Jahrzehnte eine bessere Energiepolitik gemacht, gäbe es jetzt weniger Stress. „Deutschland braucht ein energiepolitisches Gesamtkonzept, bei dem der Süden nicht vergessen wird, sondern genügend eigene Versorgungskapazitäten bekommt, anstatt nur auf Trassen zu setzen. Energiewende mit den Bürgern!“ Nach der Rede gibt es minutenlange, stehende Ovationen. Vor der Halle leuchten die FREIE WÄHLER-Fahnen in der Sonne, in der Halle die Herzen.

Christoph Hollender  
Pressesprecher FREIE WÄHLER Bayern



# INHALT



Seite 1  
So sieht Verantwortung aus!



Seite 2  
Der Bezirk – das unbekannte Wesen?



Seite 3  
Ulrike Müller: Rückblick Mandat 2014-2019



Seite 4  
Alles auf „Neu“ bei den FW Bayern



Seite 5  
Rechtsstellung des 1. Bürgermeisters



Seite 6  
Seminarübersicht 1. Halbjahr 2019



Seite 7  
Europaausschuss des Bayerischen Landtags tagte erstmals in Straßburg



Seite 7 + 8  
Wehrhaft gegen rechtspopulistische Versuchungen

## DER BEZIRK – DAS UNBEKANNTE WESEN?

**Bezirke spielen eine bedeutende Rolle im Leben der bayerischen Bürgerinnen und Bürger – ein wachsendes Aufgabenfeld**

**Die Bezirke werden in Bayern noch immer als das unbekannte Wesen gesehen. Dabei hat das Aufgabenfeld in den vergangenen Jahren durch das Bundes- teilhabegesetz und die Verlagerung der ambulanten Hilfe zur Pflege auf die dritte kommunale Ebene nochmals deutlich an Umfang zugenommen. Viele Bürgerinnen und Bürger profitieren von den Leistungen der bayerischen Bezirke.**

4.805 Millionen Euro. Diese stolze Summe gaben die sieben bayerischen Bezirke im Jahr 2016 für ihre Aufgaben in den Bereichen Soziale Sicherung, Kultur, Landwirtschaft, Fischerei und Ausbildung aus. Dazu kommen die Leistungen der psychiatrischen und neurologischen Kliniken, die die Bezirke flächen- deckend in Bayern betreiben. Weit über zwei Milliarden Euro betragen die Ausgaben der bezirklichen Gesundheitseinrichtungen für die die Versorgung von Menschen mit seelischen und neurologischen Leiden.

Viel wichtiger als diese nackten Zahlen sind jedoch die vielfältigen Hilfen, die hinter ihnen stecken. Die Bezirke unterstützen in aller erste Linie Menschen, mit denen es das Leben nicht so gut gemeint hat: Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige Menschen, Kinder und Jugendliche mit Handicap sowie psychisch kranke Menschen. Die bayerischen Bezirke sind tagtäglich ein verlässlicher Partner für über 150.000 Leistungsbezieher in den Bereichen Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe. Durch die Zusammenführung der stationären und ambulanten Hilfe zur Pflege bei den Bezirken wurde die dritte kommu-

nale Ebene im vergangenen Jahr endgültig zum sozialen Kompetenzzentrum. Die uns anvertrauten Menschen profitieren durch diese „Hilfe aus einer Hand“. Ziel ist es, eine breite Teilhabe am Leben zu ermöglichen.

Ein weiteres großes Aufgabenfeld ist die ambulante und stationäre Versorgung psychisch Kranker. Psychische Erkrankungen sind leider mittlerweile zweithäufigste Ursache für Krankheitstage im Beruf. Laut Auskunft der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) erfüllt bundesweit mehr als jeder vierte Erwachsene im Zeitraum eines Jahres die Kriterien einer psychischen Erkrankung. Ein wichtiges Aufgabenfeld, das die Bezirke mit ihren multiprofessionellen Teams in den Gesundheitseinrichtungen kompetent und fürsorglich bearbeiten. Der anstehende flächendeckende Ausbau von Krisendiensten in Bayern stellt die Bezirke aktuell vor ganz besondere Herausforderungen.

Aber die dritte kommunale Ebene bietet noch mehr. Die Bezirke kümmern sich im Bereich Kultur um den Erhalt einer liebens- und lebenswerten Heimat, bilden die Landwirte von morgen aus und kümmern sich mit ihren Fachberatungen für Fischerei und Imkerei um den Schutz der Artenvielfalt in Bayern. Die vielfältigen Bildungseinrichtungen unter anderem für Kinder mit besonderem Förderbedarf, die Berufsfachschulen für Musik oder Krankenpflege, die Fachakademien und Lehnanstalten bieten ein breites Ausbildungs- und Fortbildungsangebot. Alle Bezirke finanzieren als Eingliederungsleistungen

im Rahmen der Sozialhilfe Frühförderangebote und den Einsatz von Schulbegleitern in Regel- und Förderschulen und leisten damit einen wesentlichen Beitrag für die Inklusion an Schulen.

Kurzum: Die Bezirke sind in vielen Feldern des täglichen Lebens präsent. Zusammen mit den engagierten Wohlfahrtsverbänden sorgen sie vor allem für die Absicherung bei sozialen Härten, bei Behinderung oder im Alter. Aufgabenfelder, die aufgrund des demografischen Wandels in vielen Bereichen Bayerns an Dynamik zunehmen werden. Wie werden sich die Sozialausgaben entwickeln? Und wie werden sich die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen auswirken? Darauf haben die Bezirke keinen Einfluss. Wichtig ist es aber, ein verlässlicher Partner für die Leistungsbezieher zu bleiben. Hier auf haben diese auch einen Rechtsanspruch.

Die Hilfe für Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige Menschen ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb muss auch die Finanzierung dieser Leistungen auf breitere Füße gestellt werden. Die absehbaren Kostensteigerungen allein auf die Kommunen abzuwälzen, die über die Bezirksumlagen einen Großteil der Finanzierung dieser Aufgaben übernehmen, bringt die kommunale Familie in Zeiten schlechterer Konjunktur zwangsläufig an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Davor darf sich die Landespolitik nicht verschließen.

Christian Porsch  
Pressereferent Bezirk Oberfranken

# ULRIKE MÜLLER: RÜCKBLICK MANDAT 2014-2019

## ARBEIT DER FREIEN WÄHLER IM Europaparlament

### Sehr geehrte Damen und Herren, liebe FREIE WÄHLER,

ich freue mich, Sie an dieser Stelle über die Aktivitäten der FREIEN WÄHLER im Europäischen Parlament (EP) zu informieren und Ihnen einen kurzen Einblick in die Schwerpunkte meines Mandats als Europa-Abgeordnete zu geben.

Ganz grundsätzlich leiten mich in meiner parlamentarischen Arbeit zentrale Werte: Ich bin für fraktionsübergreifende Sacharbeit und gegen ideologische Grabenkämpfe, um praxisnahe und sachgerechte Lösungen zum Wohle der Menschen zu finden. Starke Regionen sind das Herz eines starken Europas,

glied des Petitionsnetzwerkes benannte. Selbstverständlich wollte ich auch meinen Beitrag in verschiedenen Delegationen des EP leisten, in denen die internationalen Beziehungen zu Staaten außerhalb der EU gestärkt werden, beispielsweise als Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu Australien und Neuseeland (DANZ).

Zwölf Millionen europäische Landwirte und Erzeuger, 500 Millionen Verbraucher – die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist einer der wichtigsten Grundpfeiler der europäischen Integration. Gerade reformieren wir die GAP und hier habe ich mich intensiv für die Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft wie auch der Verbraucher eingebracht. Als Be-

den tatsächlichen Mobilitätsbedürfnissen in verschiedenen Lebensräumen angemessen. Diese Grundsätze haben mich bei der Arbeit an den konkreten Gesetzen zu neuen CO<sub>2</sub>-Grenzwerten sowie zur Förderung sauberer öffentlicher Flotten angeleitet, genau wie für die Arbeit an den Europäischen Strategien für emissionsarme Mobilität und für den Straßenverkehr. Für mich ist klar: Intelligente Klimapolitik bietet innovativen europäischen Unternehmen große Chancen.

Als Sprecherin vertrat ich meine Fraktion in einem Sonderausschuss, der das Funktionieren der Verordnung über die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln überprüfte. In solch stark emotional und ideologisch geführten Debatten ist es mir ein Anliegen, zu sachgerechten und maßvollen Lösungen zu kommen. Dabei haben einerseits die Bürgerinnen und Bürger Anspruch auf höchsten Gesundheitsschutz, gleichzeitig muss der Umweltschutz gewährleistet sein und drittens müssen Landwirte ausreichend hochwertige Lebensmittel produzieren können. Der Schutz der Gesundheit, die Wahrung der Lebensmittelsicherheit und die Garantie des weltweit führenden Verbraucherschutzes gehören zu den Aufgaben der Europäischen Union, die das tägliche Leben wohl am spürbarsten beeinflussen. Hier hatte ich einen Schwerpunkt meiner parlamentarischen Arbeit gesetzt. Für meine Fraktion überarbeitete ich die Trinkwasserrichtlinie, die Spirituosenverordnung und die europäische Strategie gegen Lebensmittelverschwendung.

Eine starke Wirtschaft erfordert starke Unternehmen. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und müssen daher besonders geschützt und gefördert werden. Ich habe mich dafür eingesetzt, sie vor unverhältnismäßiger Bürokratie und gesetzlichen Auflagen zu bewahren. Nicht zuletzt habe ich mich für eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems eingesetzt und will die transeuropäische Zusammenarbeit ausbauen. In den vergangenen fünf Jahren habe ich einen konsequenten Kurs verfolgt, damit sich die Menschen in Europa auch in Zukunft frei und sicher bewegen können.

Die kommende Europawahl wird besonders eine Abstimmung darüber sein, welches Europa wir haben wollen: nationale Egoisten oder ein gemeinsames Europa. Die Europäische Union ist das größte Friedensprojekt aller Zeiten. Wir müssen sie unbedingt verteidigen. Und so möchte ich Sie einladen, am 26. Mai die eigene Stimme für ein demokratisches und solidarisches Europa in die Waagschale zu werfen. Stimmen Sie für ein Europa mit starken Regionen und gestalten Sie unsere Heimat Europa politisch mit!

Ulrike Müller MdEP



**Bundesversammlung 16.3.2019 in Aschaffenburg: Länderrat Klaus Förster aus Thurnau/Oberfranken unterstützt MdEP Ulrike Müller auf der Europaliste.**

deshalb plädiere ich für das Subsidiaritäts-Prinzip: Großes sollte im Großen, Kleines im Kleinen entschieden und umgesetzt werden. Ich habe das Wohl der kleinen und mittleren Unternehmen im Blick und kämpfe für Bürokratieabbau, Transparenz und Innovation.

An vorderster Stelle steht natürlich die Arbeit in den Ausschüssen. Ich bin als praktizierende Landwirtin seit Januar 2017 Koordinatorin der ALDE-Fraktion (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) im Agrarausschuss. Damit bin ich zugleich Sprecherin meiner Fraktion zu allen Agrarfragen. Darüber hinaus hat mich eine große Bandbreite an Politikfeldern beschäftigt: zum Beispiel Binnenmarktfragen, Währungspolitik und wirtschaftliche Integration, die Anliegen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Verbraucherschutz, soziale Fragen und Geschlechtergerechtigkeit. Als FREIE WÄHLERIN steht Bürgerbeteiligung für mich an erster Stelle. Deshalb bin ich stolz, dass mich der Umweltausschuss als stellvertretendes Mit-

richterstatte für einen der insgesamt drei legislativen Vorschläge setze ich mich stark dafür ein, die GAP für Landwirte und Verwaltung wie auch insgesamt transparenter zu gestalten. Sie soll einfacher, flexibler und zugleich zeitgemäßer werden, um auf die wesentlichen globalen Herausforderungen zu antworten: Ernährungssicherheit langfristig erhalten, Umwelt und Ressourcen schonen, wettbewerbsfähig wirtschaften.

In den letzten Jahren haben wir die Weichen für die Klimapolitik bis 2030 und darüber hinaus gestellt. Die Klimaschutzziele bis 2030, das europäische Engagement für das Pariser Klimaschutzabkommen und viele spezifische Gesetzgebungsverfahren haben mich beschäftigt. Zentral war die Reform des Europäischen Emissionshandelssystems ETS für 2021 bis 2030, das die Treibhausgasemissionen des Energiesektors und z.B. der Stahl- und Zementindustrie beschränkt. Die Mobilität der Zukunft ist klima- und umweltfreundlich, gleichzeitig bezahlbar und

# ALLES AUF „NEU“ BEI DEN FREIEN WÄHLERN BAYERN

Die Abschaltung der alten Server wird am 1. April 2019 vollzogen sein. Die unsicheren und nicht mehr den aktuellen Anforderungen von DSGVO und Nutzerverhalten entsprechenden Seiten sind nicht mehr erreichbar.

Seit Anfang Januar steigen immer mehr Orts- und Kreisverbände auf die neuen Seiten um. Es sind bereits etwa 250 Nutzer beim Supportteam gelistet und haben einen Zugang erhalten. Damit sind diese Webmaster auf der sicheren Seite was technischen Stand und Usability der Seiten angeht.

## Umgang mit den Seiten

Wenn Ihr Orts- oder Kreisverband Mitglied bei den Freien Wählern Bayern ist, können Sie eine neue Seite unter der E-Mail [zugangsdaten@fw-bayern.de](mailto:zugangsdaten@fw-bayern.de) beantragen. Die Zuteilung geschieht dann i. d. R. nach spätestens einem Tag.

Unter [support@fw-bayern.de](mailto:support@fw-bayern.de) finden sie bei Problemen mit dem neuen CMS einen Ansprechpartner. Zuvor sollten Sie sich allerdings auf unserer Homepage [www.fw-typo3.de](http://www.fw-typo3.de) informiert haben. Dort finden sie umfangreiche und ausführlich geschriebene Anleitungen, es werden aktuell bekannte Probleme erfasst und auf der FAQ-Seite Fragen geklärt.

Die FW-Typo3-Seiten, die Sie zur Verfügung gestellt bekommen, besitzen bereits eine Grundstruktur, mit der sehr schnell die Seite mit eigenen Inhalten befüllt werden kann. Die Hauptbestandteile, die im ersten Arbeitsschritt bearbeitet werden sollten, sind:

**Bildmaterial in die Dateiliste laden.** Das sind in der Regel die Bilder für die Vorstandschaft, Mandatsträger, Logos und Bilder aus dem örtlichen Umfeld, wie zum Beispiel Landschafts- und Ortsbilder. Danach können die **Dummys im Slider** durch eigene ersetzt werden.



**Im zweiten Schritt können die Vorstandschaft / Mandatsträger eingestellt werden.** Dazu können die bereits erstellten Dummies befüllt werden oder auch noch weitere eingestellt werden. Werden Dummies nicht benötigt, können diese nur deaktiviert werden, jedoch nicht gelöscht.

**Im dritten Schritt können die ersten Veranstaltungen erstellt werden.** Orientieren sich dort auch wieder an den Dummy-Veranstaltungen.

**Im vierten Schritt sollten die ersten Artikel eingestellt werden.** Zum Schluss müssen noch drei wichtige Seiten befüllt werden. **Impressum, Datenschutz und Kontakt.**

**Im Bereich Ziele** können Sie die aktuellen Themen Ihrer Kommune aus der Sicht des Ortsverbandes darstellen. Dafür finden sie drei Dummy-Beispiele vor, an denen Sie sich orientieren können. Können noch keine Angaben gemacht werden, sollten die entsprechenden Inhaltelemente deaktiviert werden.

Auf der FW-Typo3-Support-Homepage [www.fw-typo3.de](http://www.fw-typo3.de) finden Sie entsprechende Anleitungen für die ersten notwendigen Schritte zur eigenen Gestaltung Ihres Internetauftrittes. Als Beispiel bietet sich die Seite der Freien Wähler von Landshut an, die sich eng an die Vorgaben gehalten haben und eine ansehnliche Homepage erstellt haben, die auch auf Mobilgeräten uneingeschränkt funktioniert: <https://www.fw-landkreis-landshut.de/>

Haben Sie alle notwendigen Änderungen und Eintragungen getätigt und möchten die Seite mit Ihrer realen URL verbunden haben, melden Sie das bitte per E-Mail an [zugangsdaten@fw-bayern.de](mailto:zugangsdaten@fw-bayern.de). Ist die reale URL beim FW-Landesverband eingerichtet, ist die Seite in der Regel nach 24 Stunden erreichbar. Ist die URL bei einem anderen Anbieter eingerichtet, müssen noch weitere Schritte Ihrer Seite vorgenommen werden. Die notwendigen Informationen erhalten Sie vom FW-Typo3-Webteam übermittelt.

**Zum Schluss noch ein wichtiger Hinweis:** Unterlassen Sie bitte das Löschen von Seiten, Inhaltelementen etc. Wenn Sie etwas nicht benötigen, dann deaktivieren Sie die entsprechenden Elemente.



Wenn Sie selbst noch zusätzliche Seiten erstellen möchten, dann erstellen Sie immer dazu neue Seiten. Damit vermeiden Sie, dass die Grundstruktur eventuell zerstört wird. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg mit der Ihrem neuen Internetauftritt.

Michael Schmitz & Charlie Freudenberger

**Liebe Leserin, lieber Leser,** damit Sie der „Freie Wähler“ im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband, Adresswechsel oder Austritte an die BKB-Geschäftsstelle, **Berndorfer Straße 18**, 95349 Thurnau; Tel.: 09228 9969566; Fax: 09228 9969567; E-Mail: [bkb-bayern@t-online.de](mailto:bkb-bayern@t-online.de) Internet: [www.bkb-bayern.de](http://www.bkb-bayern.de)

Eine Umstellung oder Neuanmeldung von Postversand oder E-Mail-Bezug des FW ist jederzeit über die Homepage des Bildungswerkes unter [www.bkb-bayern.de](http://www.bkb-bayern.de) und die Rubrik „Newsletter“ möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion des FW gerne unter E-Mail: [redaktion@bkb-bayern.de](mailto:redaktion@bkb-bayern.de) bis zum **1. Juli 2019**, entgegen.

Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an die FW-Landesgeschäftsstelle in München ([gstelle@freie-waehler.de](mailto:gstelle@freie-waehler.de)) mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins, sowie Ihrer Email-Adresse.

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnet ausschließlich der Verfasser verantwortlich. Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Leider können nicht alle eingereichten Beiträge, wie Mitgliederversammlungen oder Geburtstage veröffentlicht werden. Vereinsjubiläen werden i.d.R. erst ab 25-jährigem Bestehen veröffentlicht. Die Redaktion bittet um Verständnis.

# RECHTSSTELLUNG DES ERSTEN BÜRGERMEISTERS BAYERISCHER GEMEINDEN

Die Rechtsstellung des ersten Bürgermeisters (Oberbürgermeisters)<sup>1</sup> einer Gemeinde in Bayern ist in Art. 34 der Gemeindeordnung (GO) gesetzlich geregelt. Danach ist der erste Bürgermeister (Oberbürgermeister) in allen Fällen „Beamter der Gemeinde“ (Art. 34 Abs. 1 Satz 1 GO), speziell „kommunaler Wahlbeamter“ (Art. 1 Abs. 2 Nr. 1 KWBG).

In kreisfreien Gemeinden, in Großen Kreisstädten und in kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern ist der erste Bürgermeister (Oberbürgermeister) kraft Gesetzes berufsmäßig tätig (Beamter auf Zeit, Art. 34 Abs. 1 Satz 3 GO), alle übrigen Gemeinden haben zur Rechtsstellung des ersten Bürgermeisters Entscheidungsfreiheit. So ist der erste Bürgermeister in kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 5 000, höchstens aber 10 000 Einwohnern zunächst kraft Gesetzes Beamter auf Zeit und damit berufsmäßig tätig (Art. 34 Abs. 1 Satz 3 GO). Doch kann der Gemeinderat spätestens am 90. Tag vor einer Bürgermeisterwahl durch Satzung (Art. 23 Satz 1, Art. 25, 26 GO) bestimmen, dass der erste Bürgermeister Ehrenbeamter (Art. 1 KWBG) ist („ehrenamtlicher Bürgermeister“, Art. 34 Abs. 2 Satz 1 GO). In kreisangehörigen Gemeinden bis zu 5 000 Einwohnern ist der erste Bürgermeister dagegen zunächst kraft Gesetzes Ehrenbeamter. Soll der erste Bürgermeister Beamter auf Zeit und damit hauptamtlich tätig sein, muss dies der Gemeinderat spätestens am 90. Tag vor einer Bürgermeisterwahl durch Satzung bestimmen (Art. 34 Abs. 2 Satz 2 GO).

Im Gegensatz zum berufsmäßigen ersten Bürgermeister muss der ehrenamtliche erste Bürgermeister einen Aufenthalt im Wahlkreis haben (Art. 39 Abs. 1 Nr. 3 GLKrWG).

## Beschlussfassung über die Satzung

Die Beschlussfassung über die Satzung zur Rechtsstellung des ersten Bürgermeisters (Art. 34 Abs. 2 GO) kann nur durch den Gemeinderat selbst und nicht durch einen beschließenden Ausschuss erfolgen (vgl. Art. 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2, 3 GO). Die dabei getroffene Regelung (ehrenamtliche bzw. hauptamtliche Beschäftigung, Art. 34 Abs. 2 Sätze 1, 2 GO) gilt auch für künftige Amtszeiten, wenn sie nicht der Gemeinderat spätestens am 90. Tag vor einer Bürgermeisterwahl aufhebt (Art. 34 Abs. 4 GO). Eine Aufhebung ist jederzeit im Rahmen einer Ermessensentscheidung des Gemeinderats möglich, berührt den amtierenden ersten Bürgermeister aber nicht.<sup>2</sup>

Die Satzung nach Art. 34 Abs. 4 GO muss spätestens am 90. Tag vor der Bürgermeisterwahl nach den Regeln des Art. 26 Abs. 2 GO amtlich bekannt gemacht sein.

## Bürgerentscheid

Die Entscheidung über eine ehrenamtliche oder berufsmäßige Tätigkeit eines ersten Bürgermeisters in Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern kann auch durch Bürgerentscheid (Art. 18 a GO) getroffen werden.

## Bezüge des ersten Bürgermeisters

Der Entscheidung, ob ein erster Bürgermeister haupt- oder ehrenamtlich tätig ist, kommt, wie nachgestehende Gegenüberstellung zeigt, finanzielle Bedeutung zu. In allen Fällen kommt er Einwohnerzahl der Gemeinde für die Höhe der Entschädigung eine wesentliche Bedeutung zu.

Danach ergeben sich nach den Sätzen des Jahres 2018 z. B. folgende Zahlungsansprüche eines ersten Bürgermeisters bei Gemeinden mit bis zu 10 000 Einwohnern: Unter Berücksichtigung der mit einzuberechnenden

Einwohner der Gemeinde <sup>3</sup>	Ehrenamtlicher erster Bürgermeister Rahmensätze der Entschädigung (Art. 53 bis 55 KWBG)- monatlich	Hauptamtlicher erster Bürgermeister Stufen („Rahmensätze“) der jeweiligen Besoldungsgruppe <sup>4, 5</sup> monatliche Besoldung
Bis 1000	1000 € bis 2 600 €	4 118,82 € bis 5086,61 €
bis 2000	1000 € bis 2 600 €	4 118,82 € bis 5086,31 € <sup>6</sup>
3 001 bis 5000	3 300 € bis 4 450 €	4376,78 € bis 5631,37 € <sup>7</sup>
5 001 bis 10 000	3 800 € bis 4 800 €	5064,78 € bis 6357,93 € <sup>8</sup>

Verzinsungslasten (rund 40 v. H. der Bruttobezüge) verursache ein hauptamtlicher Bürgermeister nahezu die doppelten Aufwendungen als ein ehrenamtlicher erster Bürgermeister.

## Versorgung

Dem ehrenamtlichen ersten Bürgermeister kann ein Ehrensold gewährt werden (Art. 59 ff KWBG). Berufsmäßige erste Bürgermeister (Oberbürgermeister) erhalten nach beamtenrechtlichen Vorschriften Ruhegehaltsbezüge.

## Amtszeit

Die regelmäßige Amtszeit des ersten Bürgermeisters/Oberbürgermeisters beträgt sechs Jahre (Art. 41 Abs. 1, Art. 42 Abs. 1 Satz 1 GLKrWG).

Die Gründe für die Beendigung der Amtszeit und damit des Beamtenverhältnisses ergeben sich aus § 21 BeamStG und aus Art. 15 ff KWBG. Eine Abwahl des ersten Bürgermeisters/ Oberbürgermeisters ist danach nicht möglich.

## Hauptorgan der Gemeinde und Mitglied des Gemeinderats

Der erste Bürgermeister (Oberbürgermeister) ist „Hauptorgan“ der Gemeinde (Art. 29 GO) und Mitglied des Gemeinderats.

## Dienstvorgesetzter, Dienstherr, Disziplinarbefugnisse, Strafrecht, Haftung

Der erste Bürgermeister/ Oberbürgermeister hat keinen Dienstvorgesetzten. Dienstherr des ersten Bürgermeisters/ Oberbürgermeisters ist die Gemeinde (Art. 34 Abs. 1 Satz 1 GO), zuständiges Organ ist der Gemeinderat (Art. 2 Abs. 1 KWBG, Art. 32 Abs. 2 Nr. 3 GO).

Die Disziplinarbefugnisse für erste Bürgermeister/ Oberbürgermeister nimmt die Rechtsaufsichtsbehörde wahr (Art. 18 Abs. 4 Satz 1 BayDG i. V. mit Art. 1 Abs. 2 Nr. 1 KWBG), soweit diese Befugnis im Einzelfall nicht nach Art. 18 Abs. 4 KWBG ganz oder teilweise auf die Landesadvokatur übertragen wurde (§ 5 DVKommDG).

Bürgermeister sind Amtsträger im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 2 a StGB; sie können sich der Vorteilsnahme (§ 331 StGB) und der Bestechlichkeit (§ 332 StGB) schuldig machen.

Verletzt ein Bürgermeister bei privatrechtlichem Handeln für die Gemeinde seine Amtspflichten, haftet er persönlich (§ 839 BGB). Die Haftung gegenüber der Gemeinde richtet sich im Übrigen nach Art. 48 BeamStG.

## Ehrenbezeichnung

Einem früheren ersten Bürgermeister/ Oberbürgermeister kann nach Art. 29 Abs.

4 KWBG vom Gemeinderat die Ehrenbezeichnung „Altbürgermeister“ bzw. „Altobürgermeister“ verliehen werden.

Hans Schaller

Dipl.-Verwaltungswirt, Burglengenfeld

- <sup>1</sup> In kreisfreien Gemeinden und in Großen Kreisstädten führt der erste Bürgermeister die Amtsbezeichnung Oberbürgermeister (Art. 34 Abs. 1 Satz 2 GO).
- <sup>2</sup> Die Rechtsstellung des ersten Bürgermeisters kann während seiner Amtszeit nicht geändert werden.
- <sup>3</sup> Entscheidend ist die letzte fortgeschriebene Einwohnerzahl, die vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung früher als sechs Monate vor der Bürgermeisterwahl veröffentlicht wurde.
- <sup>4</sup> Zur Zuordnung zu den Besoldungsgruppen vgl. Art. 45 KWBG i. V. mit der Anlage 1 zu Art. 45 Abs. 2 KWBG. Zu den jeweiligen Sätzen kommt noch ein Familienzuschlag, z. B. für Verheiratete in Höhe von 250 € monatlich.
- <sup>5</sup> Zum finanziellen Aufwand der Gemeinde kommt noch eine „Versorgungsverbandsumlage“ in Höhe von rd. 40 % der Bezüge.
- <sup>6</sup> Besoldungsgruppe A 13 („Rat“, wie z. B. Regierungsrat).
- <sup>7</sup> Besoldungsgruppe A 14 („Oberrat“, wie z. B. Oberregierungsrat).
- <sup>8</sup> Besoldungsgruppe A 15 („Direktor“, wie z. B. Regierungsdirektor).
- <sup>9</sup> Eine Übertragung auf einen beschließenden Ausschuss ist nicht möglich.

# SEMINARÜBERSICHT DES BILDUNGSWERKES IM 1. HALBJAHR 2019

## April

Fr. 5.4.2019	Jugendliche Mitglieder für ehrenamtliche Mitarbeit begeistern	Ziegler	Oberpfalz
Fr. 5.4.2019	Facebook für Fortgeschrittene	Freudenberger	Unterfranken (Münnerstadt)
Fr. 5.4.2019	Datenschutzgrundverordnung für Vereine	Seidl	Niederbayern (Pfarrkirchen)
Fr. 5.4.2019	Haushaltsplanung - Verstehen und gestalten	Neubauer	Mittelfranken (Gerhardshofen)
Sa. 6.4.2019	Praktische Arbeit mit dem neuen CMS TYPO3	Schmitz M.	Niederbayern (Waldkirchen)
Sa. 6.4.2019	Rhetorik - das A & O der Kommunikation	Portele	Unterfranken (Mönchberg)
Sa. 6.4.2019	So gewinnen Sie die nächste Wahl	Knoll	Oberfranken (Thiersheim)
Fr. 12.4.2019	Leben und Wohnen im Alter	Walther	Oberpfalz (Neustadt WN)
Fr. 12.4.2019	Praktische Arbeit mit dem neuen CMS TYPO3	Schmitz M.	Unterfranken (Volkach)
Sa. 13.4.2019	Kommunalpolitische Arbeit zwischen den Wahlen-Vorbereitung auf den Bürgermeisterwahlkampf	Stallmeister	Niederbayern (Niederwinkling)
Fr. 26.4.2019	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – Erarbeitung eines Wahlprogramms	Stallmeister	Niederbayern (Niederwinkling)
Sa. 27.4.2019	Kommunale Ratsgremien – Rechte, Pflichten u. Möglichkeiten in Städten, Märkten und Gemeinden	Geyer	Oberbayern-West (Aschheim)
Sa. 27.4.2019	Rhetorik – das A & O in der Kommunikation	Portele	Oberbayern-West (Olching)
Sa. 27.4.2019	Kommunalpolitik für den Nachwuchs	Kleiber	Schwaben (Ried, Lkrs.Aichach-Friedberg)
Sa. 27.4.2019	Soziale Medien politisch einsetzen	Vetter	Oberfranken (Großheirath)

## Mai

Fr. 3.5.2019	Kommunalrecht: Wissenswertes f. Gemeinderäte u. solche, die es werden wollen	Raab	Niederbayern (Kollnburg)
Sa. 4.5.2019	Mitglieder werben, Mitglieder halten	Knoll	Oberpfalz
Fr. 10.5.2019	Selbstsicher und auf Augenhöhe kommunizieren	Portele	Mittelfranken (Hilpoltstein)
Fr. 10.5.2019	So gewinnen Sie die nächste Wahl	Knoll	Niederbayern (Straßkirchen)
Sa. 11.5.2019	Facebook politisch einsetzen	Freudenberger	Oberbayern West (Ingolstadt)
Sa. 11.5.2019	Praktische Arbeit mit dem neuen CMS TYPO3	M. Schmitz	Oberbayern
Fr. 17.5.2019	Kommunale Rechnungsprüfung	Puchta	Unterfranken (Iphofen-Dornh.)
Fr. 17.5.2019	Facebook für Einsteiger	Freudenberger	Mittelfranken (Diespeck)
Fr. 18.5.2019	So gewinnen Sie die nächste Wahl	Knoll	Oberbayern Ost (Halfing)
Sa. 19.5.2019	Kommunikationstraining ohne Worte: Mit Körpersprache	Schmitz A.	Oberpfalz
Fr. 24.5.2019	Facebook politisch einsetzen	Freudenberger	Niederbayern (Mainburg)

## Juni

Fr. 1.6.2019	Praktische Arbeit mit dem neuen CMS TYPO3	Schmitz M	Niederbayern (Pfarrkirchen)
Fr. 28.6.2019	Öffentlichkeits- und Pressearbeit	Stallmeister	Mittelfranken (Röttenbach)
Fr. 28.6.2019	Mitglieder werben - Mitglieder halten	Knoll	Oberbayern West (Weilheim)

## Juli

Fr. 5.7.2019	Kommunalwahl - Sie kandidieren erstmals. Was kommt auf Sie zu?	Kleiber	Mittelfranken (Röttenbach/Peg.)
--------------	--	---------	---------------------------------

## EUROPAAUSSCHUSS DES BAYERISCHEN LANDTAGS TAGTE ERSTMALS IN STRASSBURG

### Tobias Gotthardt: Mehr Akzeptanz für europäische Idee durch mehr Bürgernähe

München/Straßburg. Der Europaausschuss des Bayerischen Landtags tagte auf Initiative des Ausschussvorsitzenden und europapolitischen Sprechers der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion Tobias Gotthardt erstmals in Straßburg. Die Sitzung wurde auf Einladung der Stadt im historischen Rathaus abgehalten – an jenem geschichtsträchtigen Ort also, an dem vor exakt 70 Jahren der Europarat gegründet wurde. „Die Sitzung in Straßburg bietet eine ganz besondere Chance, den interparlamentarischen Dialog zu vertiefen und die deutsch-französische Freundschaft zu unterstreichen“, betonte Gotthardt. Außerdem sei Straßburg Europas Bürgerhauptstadt. „Mit dieser Sitzung untermauern wir unseren Anspruch eines bürgernahen, effizienten und subsidiären Europas.“

Die Ausschussmitglieder waren rechtzeitig vor Ort, um die Europäische Agentur für IT-Großsysteme (eu-LISA) zu besuchen. Die Agentur verwaltet unter anderem das Visa-Informationssystem und die Fingerabdruck-Datenbank EURODAC. Die Abgeordneten wollten sich dort über die Zukunft der europäischen Sicherheits-

systeme, vor allem auch deren Verknüpfbarkeit, informieren. Bei Fachgesprächen im Europäischen Parlament wollten die Ausschussmitglieder den bereits bestehenden Informationsaustausch mit den bayerischen Europaabgeordneten intensivieren.

Tags darauf stand ein symbolischer Handschlag mit der beigeordneten Bürgermeisterin von Straßburg Nawel Elmrin sowie Delegierten des Departements Grande-Est auf der Fußgängerbrücke zwischen Kehl und Straßburg auf dem Programm. Der Leiter des Europabüros der bayerischen Kommunen in Brüssel Maximilian Klein wollte anschließend in der Sitzung im historischen Rathaus über die Themen kommunale Eigenständigkeit, EU-Vergaberecht und sozialer Wohnungsbau referieren.

Zum Abschluss der zweitägigen Delegationsreise betonte der Ausschuss in einem „Straßburger Beschluss“ die „Brüsseler Erklärung 2019“ parlamentarisch zu unterstützen. In der Brüsseler Erklärung, die im Januar von den Präsidentinnen und Präsidenten der deutschsprachigen



Landesparlamente verabschiedet wurde, sprechen sich die Unterzeichner unter anderem für die Stärkung der Landesparlamente beim Gesetzgebungsprozess der EU aus. „Mehr Akzeptanz für die europäische Idee braucht mehr Nähe zu den Bürgern“. Den Landtagen kommt hier gerade in europapolitisch schwierigen Zeiten eine Schlüsselrolle zu. Wir FREIE WÄHLER setzen darauf, dass der Bayerische Landtag eine Vorbildfunktion übernimmt.“

Dirk Oberjasper

## WEHRHAFT GEGEN RECHTSPOPULISTISCHE VERSUCHUNGEN

**Die politische Mitte schrumpft. Ängste vor der Zukunft werden von Rechts- und Linkspopulisten geschürt. Zurecht warnt die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller: „Es ist unverantwortlich, Angst politisch zu instrumentalisieren. Dabei gibt es doch gar keine Freiheit ohne Risiko.“**

Unser höchst kompliziertes deutsches Verfassungssystem der Gewaltenteilung, der Gewaltenteilung und der Gewaltenschränkung weist das Primat der Politik in Krisenzeiten vor allem den Parteien zu. Die schrumpfenden Volksparteien jedoch scheinen gegenüber den populistischen Neuparteien an ihren Rändern rat- und hilflos zu agieren, um die demokratischen Errungenschaften wehrhaft zu verteidigen zu können. Die Abkehr der Wutbürger hat sie völlig überraschend getroffen. Das heißt nicht, dass wir Bürger damit aller Verantwortung enthoben sind und uns als Beobachter in den Fernsehsessel zurücklehnen dürfen. Wir haben einen politischen Kompass gegen den extremen Rechtspopulismus in Gestalt unserer eigenen jüngsten Geschichte, die uns zum Handeln verpflichtet. In einem bemerkenswerten Essay hat der italienische Romancier und Gelehrte Umberto Eco bereits 1995 basierend auf den Erfahrungen seiner Jugend die extreme Form des Rechtspopulismus untersucht und die Elemente benannt, aus denen sich dieser Urfaschismus zusammensetzt. Es sind dies 14 Elemente, die zumindest gehäuft bei der AfD auftreten, die es einfach nicht schafft, sich vom völkisch-rassistischen vergifteten Gedankengut wie z.B. der sogenannten Identitären Bewegung zu befreien:

### 1. Ein vordringendes Merkmal des Urfaschismus ist der Traditionskult.

Parteien wie die AfD oder NPD fokussieren das Thema Tradition besonders stark, die AfD will „sächsische Traditionen unterstützen“ und die NPD behauptet gar: „Kultur und Tradition sind keine Modeerscheinungen, sondern Produkt der Genese unseres Volkes, unserer Mentalität.“

### 2. Traditionalismus impliziert die Ablehnung der Moderne.

Hier kann man wieder die offiziellen Quellen, Webseiten dieser Parteien zum Nachweis nehmen. Nach deren Verständnis und konträr zur Lebensrealität der modernen Frauen wird das Leitbild der Mutter und Hausfrau aus den 50er Jahren propagiert. Rechte Strömungen pochen geradezu auf eine Wiederbesinnung dieses rückständigen Bildes der Frau. Übrigens auch bezogen auf das Familienbild (2 Eltern, hetero, Kinder).

### 3. Irrationalismus ist auch abhängig vom Kult der Aktion um der Aktion Willen.

„Misstrauen gegenüber der Welt des Intellekts war immer ein System des Urfaschismus“. Diese Punkte treffen auf beide Parteien besonders zu. Der einzige nennenswerte Unterschied, die NPD empfindet sich als reine Volkspartei, also „vom Volk für das Volk“ und lehnt Professoren, Politiker, Künstler und andere intellektuelle Eliten ab. Die AfD geht aus einem Setup als Professorenpartei hervor. An der Parteispitze stehen Intellektuelle, die sich bürgernah geben und dem „Volk“ voranstellen.



Volker Heiduk  
BKB Ehrenvorsitzender

### 4. Kein synkretistischer Glaube kann analytischer Kritik widerstehen.

„Der kritische Geist macht Unterscheidungen. In der modernen Kultur lobt die Wissenschaft mangelnde Übereinstimmung nützlich für die Bereicherung des Wissens. Für den Urfaschismus ist fehlende Übereinstimmung Verrat.“ Dieser etwas sperrige Punkt lässt sich aber auf den Umgang der Anhänger dieser Parteien mit „Gutmenschen“ und „Lügenpresse“ herunterbrechen. Diese beiden Gruppen - in Kombination mit den Politikern der Volksparteien - stellen für die Rechtspopulisten die oft

skandierter Gruppe der „Volksverräter“ dar. Deren Meinungen weichen von den ihren ab, weshalb sie falsch und destruktiv sein müssen.

### **5. Der Faschismus wächst und sucht Unterstützung, indem er natürliche Angst vor den Unterschieden ausbeutet und verschärft.**

„Der erste Appell einer faschistischen oder vofaschistischen Bewegung richtet sich gegen Eindringlinge. So ist der Urfaschismus qua Definition rassistisch.“ Des Menschen Angst vor neuen Sachen, Personen und Umständen ist per se noch nicht ungewöhnlich oder verabscheuungswürdig. Angst vor Unbekanntem ist erst einmal menschlich. Was Rechtspopulisten, teilweise sogar Volksparteien, vor allem vor Wahlen daraus machen, ist aus diesen unbewussten Urängsten Feuer zu entzünden, das in irrationalen Hass abdriftet. Brennende Flüchtlingsheime haben uns in der Vergangenheit hoffentlich dafür die Augen geöffnet. Die sogenannten besorgten Bürger werden von diesen politischen Meinungsführern betrogen, benutzt, verkauft und verraten. Bedauerlicherweise merken die Betroffenen das oft nicht, da sie perfide abgelenkt und hinter das Licht geführt werden.

### **6. Der Faschismus entstand aus individueller oder sozialer Frustration.**

„Deshalb gehört zu den typischen Merkmalen des historischen Faschismus der Appell an eine frustrierte Mittelklasse, einer Klasse, die unter einer ökonomischen Krise oder der Empfindung politischer Demütigung litt und sich vor dem Druck sozialer Gruppen von unten fürchtete.“ Da ist Selbstmitleid natürlich sehr viel angenehmer und einfacher, als sich mit seiner eigenen Situation auseinanderzusetzen und konstruktiv daran zu arbeiten, seine Situation zu verbessern.

### **7. Den Menschen, die sich einer ausgeprägten sozialen Identität beraubt fühlen, spricht der Urfaschismus als einziges Privileg das häufigste zu: „Im gleichen Land geboren zu sein“**

Dies ist der Ursprung des Nationalismus. Außerdem bezieht eine Nation ihre Identität nur aus ihren Feinden. Die Anhänger müssen sich belagert fühlen“. Eine Nation identifiziert sich nach dieser einen Sorge um Verständnis nur durch Abgrenzung von anderen. Um in unserem deutschen Nationalstaat zu leben muss man also sagen: Ich bin Deutscher und nicht Araber, Afrikaner oder Mensch anderer Herkunft.

Um sich zu definieren muss man auch immer sagen, was man nicht ist. Was in individuellem Kontext in gesundem Maß wichtig ist, kann auf politischer Ebene hässliche und gefährliche Züge annehmen. Am einfachsten ist es sich durch etwas zu definieren, was man in die Wiege gelegt bekommen hat, durch die Nation, die Ethnie, die Geschichte oder die sexuelle Orientierung. Wenn man dieses Set mit genug Menschen teilt, kann man sich als Norm sehen und alle anderen Zusammenstellungen an Eigenschaften als abnormal herausstellen und dann noch ausgrenzen und Menschen dieser abweichenden Norm als gefährlich brandmarken. Auf diese Art Belagerungszustand spielen rechte Parteien auch ganz bewusst an. Das Begriffsset „Invasion“ und „Invasoren“ markiert diese brachiale Sprache, die ganz bewusst Angst auslösen soll.

### **8. Die Anhänger müssen sich vom öffentlichen Reichtum, Einfluss und der Macht ihrer Feinde gedemütigt fühlen.**

Hier spielen rechtspopulistische Parteien auch ganz bewusst darauf an, dass wir Gutmenschen ja so privilegiert seien, während „das Volk“ abgehängt würde. Die Gutmenschen als Privilegierte hätten keine Ahnung von der Realität und sollten aufwachen.

### **9. Im Urfaschismus gibt es keinen Kampf ums Überleben – das Leben ist nur um des Kampfes Willen da.**

Wer einmal eine Rede von Björn Höcke und Konsorten angehört oder nachgelesen hat, dem erklären sich viele der bisherigen aufgeführten Punkte von selbst.

### **10. Elitedenken ist ein typischer Aspekt jeder reaktionären Ideologie, sofern sie im Grunde aristokratisch ist. Aristokratisches und militärisches Elitedenken hat eine grausame Verachtung der Schwächeren im Gefolge.**

„Der Urfaschismus kann nur ein allgemeines Elitedenken vertreten. Jeder Bürger gehört dem besten Volk der Welt an, die besten Bürger sind die Mitglieder eben dieser Parteien, jeder Bürger kann (oder sollte) hier beitreten.“ Natürlich brüsten sich Anhänger dieser Parteien damit, die Wahrheit gepachtet zu haben. Sie wissen Bescheid. Alle, die diesen Parteien folgen, haben endlich die Augen geöffnet, sie sind auserwählt zu sehen, was die ganzen „linksversifften Gutmenschen“ nicht wahrhaben können oder wollen.“

### **11. In einer solchen Perspektive werden alle zum Heldentum erzogen.**

Schlag nach bei Höcke, der übrigens ganz in nazistischer Tradition große Stücke auf germanische Heldensagen, Geschichte und Religion hält.

### **12. Da sowohl endloser Krieg als auch Heroismus recht schwierige Spiele sind, überträgt der Urfaschist seine Macht auf die Sexualität.**

„Hier liegt der Ursprung des Machismo, zu dem Frauenverachtung ebenso gehört wie gewalttätige Intoleranz gegenüber ungewöhnlichen Sexualgewohnheiten (von Keuschheit bis Homosexualität). Der Unsinn gipfelt in Angst vor dem „afrikanischen Ausbreitungstyp“ (Höcke) und der virilen Sexualität des „muslimischen Mannes.“

### **13. Der Urfaschismus gründet sich auf einen selektiven Populismus, einen sozusagen qualitativen Populismus.**

„In einer Demokratie haben die Bürger individuelle Rechte, aber in ihrer Gesamtheit besitzt sie politischen Einfluss nur unter einem quantitativen Gesichtspunkt – man folgt den Entscheidungen der Mehrheit. Für die Urfaschisten haben die Individuen selbst keinerlei Rechte, das Volk dagegen wird als Qualität begriffen als monolithische Einheit, die den Willen aller zum Ausdruck bringt. Der Ruf „Wir sind das Volk“ spiegelt genau diese Einstellung wider. Ganz viele Leute aus diesem „Volk“ glauben tatsächlich, dass sie die Mehrheit sind. Sie erliegen damit einem klaren Filterbubble-Effekt. Umso wichtiger ist es, ihnen laut und entschieden entgegenzutreten und ihnen klarzumachen, dass sie nur ein Teil des Volkes sind und die tatsächliche Mehrheit sie übrigens gar nicht so großartig findet.“

### **14. Der Urfaschismus spricht Newspeak**

(Orwell erfand in seinem Zukunftsroman 1984“ Newspeak als offizielle Sprache von Ingsoc, dem englischen Sozialismus). Den Elementen des Urfaschismus sind verschiedene Formen der Diktatur gemeinsam. Alle faschistoiden Schulbücher bedienen sich eines verarmten Vokabulars und einer elementaren Satzlehre, um die Instrumente komplexen und kritischen Denkens im Keim zu ersticken. Rechte und rechtspopulistische Stimmen haben ihre eigene Sprache, mit der sie sich untereinander erkennen, miteinander identifizieren. Beispiele: Lügenpresse, Gutmensch, linksversifft, BRD-GmbH, Volksverräter, Widerstand, Zensur, Ökostalinisten, Genderideologen, schwarz-rotes Regime, Nazikeule, Multikultiwahn u.v.a.m. Die Liste ist endlos. So reduzieren sich Diskussionen auf das simple Herausfeuern dieser Begriffe, damit Gleichgesinnte sofort wissen, was gemeint ist.

Wie demokratisch rechtspopulistische Parteien sind, kann man an Vergleichen zwischen ihrem Programm, den Äußerungen ihrer Vertreter und dem aktuellen Agieren sowie Ecos 14-Punkte-Essay überprüfen. Diese Analyse endet mit dem Satz: „Freiheit und Befreiung sind eine niemals endende Aufgabe.“ Dem ist für wahrhaft wehrhafte Demokraten nichts mehr hinzuzufügen. Sie haben es in der Hand, den Aufstieg demokratiefeindlicher Demagogen von rechts und links zu stoppen.

*Volker Heiduk*